

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/24

4. Februar 1974

Schritte zur Erleichterung der Spaltungsfolgen

Verbesserungen im Reiseverkehr sind konkrete Erfolge der Verhandlungen mit der DDR

Von Karl Herold MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten

Bestimmungen eventuell vor Presserechtsrahmengesetz verabschieden

Von Hellmut Sieglerschiedt MdB
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 3 / 42 Zeilen

Für einen "Experten" kein Ruhmesblatt

Unqualifizierte Angriffe des CDU-MdB Dr. Marx auf Europa-Politik

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 4 / 37 Zeilen

Fragen um das Sowjet-Öl

Fakten und Überlegungen zu einem aktuellen Thema

Seite 5 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 180 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Schritte zur Erleichterung der Spaltungsfolgen

Verbesserungen im Reiseverkehr sind konkrete Erfolge der Verhandlungen mit der DDR

Von Karl Herold MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Die Bestrebungen der Bundesregierung bei den bisherigen Verhandlungen mit der DDR, die zum Grundlagenvertrag führten, und bei den laufenden Verhandlungen zur Ausfüllung des Grundlagenvertrages waren und sind von einem "Generalnenner" bestimmt, den man allgemein mit "menschliche Erleichterungen" umschreibt. Es sind jene Erleichterungen für die Menschen in den beiden deutschen Staaten, die einen großen Personenkreis betreffen und somit für viele Menschen als Maßstab für die Politik genommen werden. Auch die letzte Debatte im Bundestag über die Lage der Nation zeigte wieder deutlich, wie dieser Bereich, von dem viele von uns tangiert werden, das Wertmaß für die Politik prägt.

Leider wird der Maßstab aber auch zur Elle der Beckmessererei, um Politik zu diskreditieren. Ich danke hierbei an die "Maß-Arbeit", extreme Zustände am Ideal zu messen, um dann ein "Mir habens-ja-schon-immer-gewußt" anzuhängen. Das klang auch in der Bundestagsdebatte an, wobei immer wieder freppierend ist, wie angebliche Kenner des Kommunismus und der Zustände in der DDR die Schuld an Schwierigkeiten ausschließlich der Bundesregierung zuschieben. Die Opposition im Deutschen Bundestag ist wenigstens schon soweit, daß sie die Verbesserungen im Reiseverkehr und in anderen Kommunikationsbereichen anerkennt, auch wenn sie an solche Feststellungen ein großes Aber anhängt.

Dieses Aber besteht auch bei der Bundesregierung, die durchaus nicht mit dem bisher Erreichten zufrieden ist, wohl aber meint, daß unter den einmal gegebenen Umständen sehr viel erreicht wurde. Sicherlich kann man meinen, daß 52.919 Reisen von DDR-Bewohnern im letzten Jahr in dringenden Familienangelegenheiten zu Angehörigen in der Bundesrepublik für sich genommen keine große Zahl ist. Bedenkt man aber die innerdeutsche Situation und

vor allem die Tatsache, daß vor November 1972 überhaupt niemand aus der DDR für diese Zwecke eine Reiseerlaubnis erhielt, dann wird das Problem in die notwendige Relation gestellt. Auch das Ideal im Berliner Telefonverkehr, der 1952 durch die Kappung von mehreren tausend Leitungen durch die DDR zum Erliegen kam, ist bei den derzeitigen Verhältnissen leider nicht wieder herzustellen. Ist aber - nimmt man den jahrelangen Zustand keiner einzigen Telefonleitung zwischen West- und Ostberlin als Ausgangspunkt - die im Februar 1971 einsetzende Verbesserung auf jetzt 201 Leitungen (über die täglich etwa 10.200 Gespräche geführt werden) nicht doch eine spürbare Entlastung und ein Fortschritt zu besserer Kommunikation - wenigstens innerhalb des geteilten Berlin?

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke hat in der Diskussion über den Bericht zur Lage der Nation den Vorwurf der Schönfärberei bereits zurückgewiesen. So kann ich mich auf einige Zahlen beschränken, die die Entwicklung andeuten. Durch die Reiseerleichterungen als Auswirkungen der Deutschlandpolitik dieser Bundesregierung sind 200.000 Besuche von Rentnern mehr als in den Vorjahren in der Bundesrepublik registriert worden (1971 = 1.045.365, 1972 = 1.068.340, 1973 = 1.257.866). Der sicherer und reibungsloser gewordene Verkehr nach Berlin spiegelt sich in den stark ansteigenden Reisezahlen wider. Nach Berlin führen 1971 3.816.528 Westdeutsche und West-Berliner, 1972 5.239.132 und 1973 6.833.441. Auch in die DDR führen mehr Westdeutsche: 1971 1.267.355, 1972 1.540.381 und 1973 2.287.989.

Ich meine, diese Zahlen sprechen für sich und belegen das ernsthafte und stete Bemühen der Bundesregierung, mit ihrer Politik die Auswirkungen der Spaltung unseres Landes für die Menschen hüben und drüben zu erleichtern.

(-/4.2.1974/bgy/pr)

+ + +

Umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten

Bestimmungen eventuell vor Presserechtsrahmengesetz verabschieden

Von Hellmut Siegler-Schmidt MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner kürzlich zum hessischen Landespressengesetz ergangenen Entscheidung klargestellt, daß für die Regelung des Zeugnisverweigerungsrechtes der Journalisten der Bundesgesetzgeber zuständig ist. Diese Regelung ist in § 53 der Strafprozeßordnung und in entsprechenden Bestimmungen der anderen Prozeßordnungen so einengend vorgenommen worden, daß es höchst zweifelhaft erscheint, ob sie mit dem Grundrecht der Pressefreiheit in Einklang steht. Die entstehende Rechtsunsicherheit muß daher unverzüglich durch eine Neuregelung des Zeugnisverweigerungsrechtes der Journalisten beseitigt werden.

Wie sollte ein solches Zeugnisverweigerungsrecht nun gestaltet sein? Ohne die Frage im einzelnen zu beantworten, kann die Antwort nur lauten: so umfassend, wie es dem hohen verfassungsrechtlichen Rang des Grundrechtes der Pressefreiheit auch bei Berücksichtigung der Notwendigkeit einer wirksamen Strafverfolgung etwa von Kapitalverbrechen entspricht. Dies bedeutet, daß Einschränkungen des Zeugnisverweigerungsrechtes der Journalisten nur unter Anlegung eines strengen Maßstabes überhaupt in Erwägung gezogen werden sollten. Das gilt vor allem, wenn es sich um Veröffentlichungen handelt, bei denen es wegen ihrer politischen Bedeutung in besonderer Weise um die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben von Presse und Rundfunk geht.

Die Bundesregierung bereitet im Zusammenhang mit dem Entwurf eines Presserechtsrahmengesetzes auch eine Neuregelung des Zeugnisverweigerungsrechtes für die in der Presse tätigen Personen vor. Bei dieser Gelegenheit soll auch das Beschlagnahmerecht den Erfordernissen eines modernen Presserechts angepaßt werden. Der, wie eingangs dargelegt, notwendigen Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens auf diesem Gebiet sind jedoch zuletzt durch die erforderliche Erörterung des Entwurfs mit den Ländern und den Verbänden Grenzen gesetzt. Sollte es sich im Verlaufe der Beratungen aber zeigen, daß die Bestimmungen über das Zeugnisverweigerungsrecht und das Beschlagnahmerecht erheblich früher als das Presserechtsrahmengesetz verabschiedet werden können, so wird man ein derartiges Vorgehen angesichts der geschilderten verfassungsrechtlichen Lage ernsthaft in Erwägung ziehen müssen.

Der angekündigten Initiative der CDU/CSU-Fraktion in Sachen Zeugnisverweigerungsrecht bedurfte es nach allem nicht. Der Wachhund Opposition hat hier ohnehin erst Laut gegeben, nachdem die Koalitionfraktionen bereits eine Woche vorher die Dringlichkeit dieses Gesetzesvorhabens öffentlich hervorgehoben hatten. Abgesehen davon darf man gespannt sein, ob die Opposition eine Regelung vorschlagen wird, die sich vorteilhaft von den entsprechenden Bestimmungen der Landespressengesetze in von ihr regierten Ländern abhebt.

(-/4.2.1974/bgy/or)

+ + +

Für einen "Experten" kein Ruhmesblatt

Unqualifizierte Angriffe des CDU-MdB Dr. Marx auf Europe-Politik

Von Horst Saefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Eine "Vernachlässigung der europäischen und atlantischen Politik" hat der außenpolitische Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Werner Marx, der Bundesregierung vorgeworfen. "Bei Betrachtung der deutschen Politik" sei, so meinte der Experte, "unverkennbar, daß ihre Intensivität gegenüber Europa und den USA nachläßt und sie stattdessen die Bemühungen in Osteuropa verstärkt." Dr. Marx behauptet weiter, daß viele Politiker in der Europäischen Gemeinschaft "erschrocken darüber seien, wie sich der Ton der Bundesregierung gegenüber ihren westlichen Verbündeten verändert hat, und daß es die frühere Übereinstimmung der Interessen auf allen grundlegenden Gebieten kaum mehr gibt."

Wer das liest, muß sich fragen, ob Dr. Marx tatsächlich das Prädikat "Experte" verdient. Seine Erklärung ist nichts anderes als ein simples Aneinanderreihen von Unterstellungen, die durch nichts - durch gar nichts - begründet sind. Wer täglich an der "europäischen Front" arbeitet, der muß sich darüber wundern, mit welcher Leichtigkeit derartige Behauptungen aufgestellt werden. Abg. Dr. Marx gibt offensichtlich außenpolitische Erklärungen aus einer Sicht ab, wie er sie haben möchte. Mit der Wahrheit und mit der Realität in Europa hat dies nichts zu tun. Konservative und christliche-demokratische Politiker im Europäischen Parlament äußern sich ständig und regelmäßig über die deutsche Politik in anderer Weise als ihre Verbündeten in der deutschen Bundeshauptstadt.

Sie erkennen das politische Engagement von Bundeskanzler Willy Brandt an und begrüßen die zahlreichen Initiativen, die gerade er unternimmt, um der Einigung Europas immer wieder neue Impulse zu geben. Seine jüngsten Äußerungen im Europäischen Parlament wurden mit großem Beifall aufgenommen, und das ganze Haus, wenn man die deutschen Christdemokraten und die Kommunistische Fraktion ausschließt, applaudierten dem deutschen Bundeskanzler für seine klaren Äußerungen.

In der Zwischenzeit haben zahlreiche Redner aus verschiedenen politischen Gruppierungen sich bei ihren Diskussionsbeiträgen immer wieder auf seine Vorstellungen bezogen und zitieren zahlreiche seiner politischen Aussagen über den Weitergang der Europäischen Gemeinschaft. Es ist deshalb geradezu lächerlich, um nicht zu sagen, dummlich, daß ein Oppositionspolitiker mit einem Anspruch auf außenpolitische Bewertung besonderer Art, wie Abg. Dr. Marx, mit solchen unhaltbaren und durch nichts zu begründenden Verlautbarungen der Bundesregierung zu schaden sucht. Auch hier ist wiederum bewiesen, daß das Wunschdenken der Opposition weit von den Tatsachen entfernt ist. Abg. Dr. Marx kann man nur raten, nach dem alten Sprichwort zu handeln: "Weniger wäre mehr".

(-/4.2.1974/ka/pr)

+ + +

Fragen um das Sowjet-Öl

Fakten und Überlegungen zu einem aktuellen Thema

Die Sowjets lassen es mit ihren Öllieferungen in die Bundesrepublik langsam gehen; genau wie die Araber. Und mit ihren Ölpreisen sind sie ebenso schnell in die Höhe geschossen. Was der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Adolf Schmidt SPD-MdB, noch vor der Energiedebatte im Bundestag am 17. Januar 1974 der Öffentlichkeit im Hinblick auf eine beachtliche Verlangsamung der sowjetischen Öl- und Erdgaslieferungen mitteilte, wurde trotz aller Dementis durch die Tatsache bestätigt, daß es im Januar keine sowjetischen Öllieferungen in die Bundesrepublik gegeben hat und auch die sowjetischen Ölpreise stark angezogen haben. Zur Begründung wurde aus Moskau auf "technische Schwierigkeiten" hingewiesen.

Man könnte annehmen, daß das Zusammentreffen dieser "technischen Liefer-schwierigkeiten" und des arabischen Öllieferboykotts rein zufällig und keineswegs beabsichtigt war. Schon im November und Dezember, zu Beginn des arabischen Lieferboykotts, haben aber die Sowjets ihre Ölhähne auf sparsamsten Durchgang gedrosselt und ihre Preise angezogen. Das war in den einschlägigen Kreisen von Politik und Wirtschaft bekannt, jedoch nur der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt sprach im Klartext aus, was hinter den Kulissen zu hören war: Auch die Sowjets leisten ihren praktischen Beitrag zur Ölkrise in der Bundesrepublik.

Am 19. Januar erklärte der ZK-Sekretär Ponomarew in Moskau, daß die Hilfe des Sozialismus "reale Möglichkeiten für die nationale Befreiung der vom Imperialismus unterdrückten Völker" eröffnet habe. Als hervorragendes Beispiel dafür nannte er die Boykott-Maßnahmen der Öllexportierenden Länder: "Hier handelt es sich nicht um eine Episode, sondern um eine große Wendung im Kampf der Völker der Dritten Welt um die wirtschaftliche Befreiung vom Imperialismus". Erst durch den Einfluß der Kommunisten auf die internationale Entwicklung seien die "nationalen Befreiungsrevolutionen" möglich geworden. Gleichzeitig dementierte die sowjetamtliche Nachrichtenagentur TASS, daß die Sowjetunion durch verstärkte Öllieferungen nach Westeuropa das arabische Öl-Embargo unterlaufe. TASS: Die Erfinder dieser Falschmeldungen wollen die Atmosphäre des Vertrauens zwischen Sowjetunion und den arabischen Staaten vergiften.

Inzwischen weiß man auch aus zuverlässig informierten Wirtschaftskreisen, daß die Sowjets ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der VEBA-Chemie schon seit einiger Zeit nicht mehr voll erfüllen. 1973 hat die VEBA-Chemie, die zwischen 25 bis 30 vH. ihres Öldurchsatzes aus der Sowjetunion bezieht, rd. eine halbe Million Tonnen Rohöl weniger als vereinbart erhalten. Im Januar 1974 wurde von den Sowjets kein Öl geliefert, und von der vertraglich vereinbarten Liefermenge von vier Millionen Tonnen Rohöl für 1974 wird vielleicht nur etwas mehr als die Hälfte dieser Menge die Betriebe der VEBA-Chemie erreichen. Im Preis hat das Sowjetöl jetzt die beachtliche Höhe von 18 Dollar für ein Barrel (158 l) erreicht. Die VEBA-Chemie muß also in Zukunft tief in die Tasche greifen. Für die Konzessionsgesellschaften am Persischen Golf kostet das Barrel nur neun bis elf Dollar, so daß also die prekäre Situation der VEBA-Chemie erkennbar ist.

Hans Vandenbergh
(-/4.2.1974/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert